

Grußwort des Staatssekretärs Andre Schmitz anlässlich der Gedenktafelenthüllung für den Verein Geschichte Berlins am 20. September 2012
- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Dr. Uhlitz,
sehr geehrter Herr Prof. Ribbe,
sehr geehrte Vertreter der Deutschen Bank,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Geschichtsschreibung, speziell auch Landesgeschichtsschreibung durch die Mitglieder entsprechender Vereine ist erst im 19. Jahrhundert möglich geworden. Erst nach der Französischen Revolution konnten sich Bürger zusammenschließen, die sich auch außerhalb der Fachwissenschaft für die Vergangenheit ihrer heimatlichen Region bzw. ihrer Stadt interessierten.

Bis dahin blieb das sehr exklusiv anderen Auftraggebern und Ausführenden vorbehalten. Im Mittelalter waren es allein die Schriftkundigen der Kirche. In den nachfolgenden Jahrhunderten erteilten die Fürsten ihren Hofhistoriographen den Auftrag die Geschichte des Regierenden Hauses und deren Besitzungen zu verfassen, später beschäftigten sie damit auch ihre Bürokratie, so auch in Preußen. Dies änderte sich mit den Preußischen Reformen und dem „Erwachen des Bürgertums“ im 19. Jahrhundert.

Für Berlin und die anderen Preußischen Städte der Monarchie schuf die Steinsche Städteordnung von 1810 mehr Möglichkeiten zu einer selbständigen Entfaltung, die allerdings nach der Revolution von 1848 wieder stark eingeschränkt wurde. Alle historiographischen Bestrebungen, die auch nur entfernt mit der aktuellen Politik in Verbindung gebracht werden konnten, wurden unterbunden.

Historische Vereine sollten sich auf das politisch ungefährliche „Öffnen von Grabkammern“ beschränken, also auf die mit archäologischen Forschungen verbundene Vor- und Frühgeschichte.

Und damit kommen wir zur Gründung des Vereins für die Geschichte Berlins im Jahre 1865. Unter Bismarcks Führung strebte die preußische Hegemonialmacht auf die Reichsgründung zu, ein Krieg gegen Dänemark war gerade beendet, zwei weitere – gegen Österreich und gegen Frankreich standen bevor - als sich zwei Berliner Bürger hier in einem Cafe unter den Linden mit anderen stadtdenkmalsinteressierten trafen. Sie wollten um zusammen mit ihrem Oberbürgermeister einen Geschichtsverein zu gründen, der sich keineswegs auf das „Öffnen von Grabkammern“ beschränken sollte und wollte.

In diesem Zusammenhang sei mir noch ein Wort über die Rolle des Berliner Oberbürgermeisters im Verein für die Geschichte Berlins gestattet. Karl Theodor Seydel war nicht nur – wie auf unserer Berliner Gedenktafel vermerkt - Leiter der Gründungsversammlung des neuen Vereins. Die Gründungsmitglieder wählten ihn gleich auch zum Vorsitzenden – ein Amt, das er gewissenhaft drei Jahre lang führte, bis ihn eine schwere Krankheit zur Niederlegung aller seiner Ämter, schließlich auch das des OB – zwang. „Sein“ Verein ernannte ihn sogar zum ersten Ehrenvorsitzenden als er die Leitungsgeschäfte abgab.

Seydel war ein umfassend gebildeter moderater Liberaler, dessen ansehnliche Privatbibliothek fast alle Zweige der Wissenschaft umfasste. Einer seiner Biographen

bemerkt dazu, dass „sein verdienstvolles Wirken als Beamter ... wohl auch darauf [beruhte], dass hinter dem Verwaltungsfachmann ein literarisch gebildeter und an allen Dingen interessierter Mensch stand.“

Das hinderte die preußische Regierung nicht, ihn in jungen Jahren wegen zweier als regierungsfeindlich empfundener Artikel straf zu versetzen.

Das hat Seydel in seiner Karriere und in seinem Wirken als OB nicht wesentlich behindert. Als hemmend erwiesen sich hingegen die politischen Konstellationen, die er in der preußischen Hauptstadt vorfand. Seit 1853 war neben dem Oberbürgermeister als Haupt der städtischen Selbstverwaltung der Polizeipräsident der wichtigste Repräsentant der preußischen Staatsgewalt. Die Stadt durfte nicht selbständig über den Ausbau von Straßen, Plätzen und Brücken entscheiden. Das Schloss im Zentrum der Hauptstadt lag als eigener „Gutsbezirk“ ganz außerhalb der städtischen Verwaltung. Auch mußten jeder Bebauungsplan, jede Straßenbahnanlage, jedes öffentliche Denkmal (aus damaliger Sicht auch unsere Gedenktafel) und jeder Straßename vom König genehmigt werden.

Trotz dieser Hindernisse hat Karl Theodor Seydel die technische und soziale Modernisierung Berlins enorm voran gebracht, ohne seine Ehrenämter zu vernachlässigen. Hier, wie bei seinen offiziellen Verpflichtungen benötigte er die Unterstützung Gleichgesinnter. Bei der Schaffung neuer medizinischer Einrichtungen hat ihn in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sein Schwager Rudolf Virchow unterstützt, u. a. bei der Planung für das erste städtische Krankenhaus „Am Friedrichshain“ sowie bei der Schaffung der Heilstätten in Dalldorf/Wittenau. Mit Virchow, der als ausgewiesener Fachmann der regionalen vor- und frühgeschichtlichen Archäologie galt, verbanden ihn also auch historische Neigungen. Dies gilt in gleicher Weise für die Gründungsväter des Vereins, die zusammen mit der weiteren Gründungsmannschaft das Arbeitsprogramm des Vereins für die Geschichte Berlins entwickelten und auch realisierten.

Hierbei standen zunächst Vorträge im Mittelpunkt, gefolgt von Exkursionen und Besichtigungen und schließlich galt es auch die Arbeitsergebnisse zu publizieren.

Zur Person der beiden Vereinsgründer, über ihre berlingeschichtlichen Absichten sowie zu den Ergebnissen und Folgen ihrer Bemühungen wird der jetzige Vorsitzende zu uns sprechen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit